



Vertreter der Bürgerinitiative übergeben die Unterschriften an die Bürgermeister Manfred Weber und Albert Ungermann. (Fotos: ci)

1 400 Unterschriften gegen Windkraft

Bürgerinitiative fordert Öffentlichkeitsbeteiligung und Mindestabstand zu Wohngebieten

Biebergemünd/Linsengericht (ci). 1400 Bürger haben sich an der Unterschriftenaktion der Bürgerinitiative „Windkraft im Spessart“ beteiligt. Gestern hat der Vorstand die Petition an Biebergemünds Bürgermeister Manfred Weber und dessen Linsengerichters Amtskollegen Albert Ungermann übergeben.

Kernforderung der Bürgerinitiative ist die Erhöhung des Mindestabstands von Windrädern zur Wohnbebauung auf 2000 Meter. Der derzeit vorgehene Abstand beträgt lediglich 1000 Meter. Dieser sei je-

doch zu gering, um störenden Lärm zu verhindern. Die Lebensqualität der Anwohner dürfe nicht beeinträchtigt werden, sagte Berthold Andres, Vorsitzender der Bürgerinitiative. „Unser Ziel ist es, die Flächen zu verringern und die Abstände zu vergrößern. Selbst bei einem Abstand von 1800 Metern wäre der Bau von zehn Windkraftanlagen möglich. Diese könnten das Vierfache des benötigten Stroms erzeugen“, sagte Andres im Gespräch mit Manfred Weber.

Außerdem müssten die Lasten der erneuerbaren Energien gleichmäßig auf alle Regionen in Hessen verteilt werden und

die Öffentlichkeit in die Diskussion mit einbezogen werden. Der Biebergemünder Bürgermeister unterstützte die Initiative: „Wir wollen die Potenzialflächen so minimal wie möglich halten. Dennoch dürfen wir keine Verhinderungspolitik betreiben.“ Eine gemeinsame Planung mit der Gemeinde Linsengericht sei unbedingt notwendig: „Die Interessenlage der beiden Kommunen ist leider sehr unterschiedlich“, sagt Weber. Biebergemünd habe im Gegensatz zu Linsengericht keinerlei wirtschaftliches Interesse. Eigentümer der betroffenen Flächen ist Hessen-Forst. Die Ge-

meinde Biebergemünd profitiert daher nicht von möglichen Erträgen.

In Linsengericht stünden mögliche Anlagen auf gemeindeeigener Fläche. Deshalb kann sie selbst über eine mögliche Investition in Windkraftanlagen entscheiden. „Anwohner und Gemeindevertreter haben sich ausführlich Gedanken über die Vor- und Nachteile der erneuerbaren Energien gemacht. Eine Bürgerbefragung soll letztlich entscheiden, ob die Flächen für den Bau von Windkraftanlagen zur Verfügung gestellt werden sollen“, sagte Bürgermeister Albert Ungermann.

GWZ 12.03.2013 S 13